

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährlich durch die Post
5 Mk., unter Streifenband 12 Mk.

Schriftleitung und Versand:
Berlin S 42, Luisenufer 1 :: Fernruf: Moritzplatz 3725

Erscheint wöchentlich Sonnabends

In der Zeit vom 5. bis 11. Februar ist der Beitrag für die 6. Woche fällig.

Drohende Hungersnot unter den deutschen Gartenbauern.

Bekanntlich hatten die schwäbischen Handelsgärtner ein Urteil des Landgerichts Stuttgart, das übrigens vom Oberlandesgericht wieder aufgehoben ist, benutzt, um nach allen Seiten in die Welt zu posaunen, Gärtnerei wäre Landwirtschaft. Als sie nun logischerweise auch die landwirtschaftlichen Tariflöhne auf Grund eines vom dortigen Arbeitsministerium für verbindlich erklärten Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses Stuttgart zahlen sollten, verwandelte sich ihr Jubel in Bestürzung und sie beschloßen, um sich nach außen nicht lächerlich zu machen, eine Eingabe an das dortige Ministerium, die auch am 1. Dezember v. Js. abgesandt worden ist. Diese enthält einige so prachtvolle Phrasen, daß man davon nur lernen kann, deshalb wollen wir sie auszugsweise veröffentlichen.

Zuerst behauptet man dreist und gottesfürchtig, wie man nun einmal in solchen Kreisen ist, daß ein großer Teil der württembergischen „Gärtnereien“ (nicht Gartenbaubetriebe) durch diesen Tarif aufhören wird, zu bestehen, denn es sei ihnen nicht möglich, die Verkaufspreise so enorm zu steigern, wie die Landwirtschaft dies getan habe, weil letztere Lebensmittel erzeuge!

Wenn die Agrarier lesen, daß ihre kleinen Brüder so aus der Schule plaudern, werden sie ihnen bald aufs Dach steigen und die ohnehin sehr platonische Freundschaft kündigen.

Während man nun sonst stets behauptet, ebenfalls vorwiegend Lebensmittel zu erzeugen, dreht man in dieser Eingabe den Spieß zur Abwechslung mal wieder um und redet nur von Zierpflanzen-, Blumen- und Frühgemüsezucht unter Glas, deren Produkte immer noch etwas, jedenfalls aber mehr als der gewöhnliche Gemüsebau, eingebracht hätten.

Unter solchen Umständen würden die Gärtner entweder zum Anbau von Getreide, Kartoffeln und Rüben (aha!) gezwungen, was gleichbedeutend mit Personalverminderung sei, oder man müsse ihnen die früheren Bedingungen lassen.

Um der Sache etwas mehr Nachdruck zu verschaffen und sich selbst zu blamieren, so gut es eben geht, bezeichnet man einen Lohn tarif für Gärtner als eine „unsere Zeit charakterisierende Vergewaltigung“ und droht versteckt mit Rückschlägen, die diesen Kreisen, die sie heraufbeschworen haben (gemeint ist die Reichsregierung!), nicht angenehm sein werden.

Beim Lesen dieses Ergusses weiß man nicht so recht, ob man mehr über die Unverfrorenheit oder über das mangelnde soziale Empfinden seiner Verfasser staunen soll. Jedenfalls erhält man aber einen guten Einblick in die tieferen Beweggründe des Landwirtschaftsimbiss: Die Wucherpreise für Lebensmittel locken diese Herren, sie suchen nach einem Vorwand für den Abbau oder die Umstellung ihrer Betriebe; dazu — soll die Volksernährung erhalten; alles was sie sonst über den Niedergang Jammer, ist nichts wie Heuchelei.

Die Hauptsache ist, daß man die Lehrlinge behalten darf, die Gelehrten sind ja schon viel früher entlassen! Was braucht man sich um das Schicksal dieser Leute zu kümmern?

Und der zweite Kernpunkt ist die Tariflosigkeit. Man wünscht sich die schönen Zeiten zurück, wo die Arbeitgeber ihrem Personal die Löhne usw. diktieren konnten, ohne daß jemand von einer „Vergewaltigung“ sprach. Im Gegenteil, das nennt die Eingabe „Bedingungen, die das seitherige Aufblühen der Gärtnerei — gefördert haben!“ Wir verstehen! Man meint nämlich den Geldbeutel der Gärtnereibesitzer.

Schließlich behauptet der Spatzvogel von Verfasser noch, daß von einer schlechten Entlohnung in der Gärtnerei im allgemeinen keine Rede sein könne.

Warum flüchten denn dann so viele Kollegen aus dem Beruf?

Doch lassen wir das heute hier beiseite und werfen wir dafür die Preisfrage auf: Hat jemand schon einmal einen verhungerten Handelsgärtner gesehen?

Bereits im Jahre 1919 prophezeiten uns die verschiedenen Arbeitgeber in Tarifkommissionen, es ginge zu Ende; lesen wir nun, wie ihre eigenen Organe diesen Zustand beurteilen. Da schreibt zuerst die „Westdeutsche Gärtnerbörse“, Generalanzeiger für den gesamten Gartenbau, in ihrer Neujahresnummer:

„Noch nie sind die Erzeugnisse unseres Berufes so gut bezahlt worden als jetzt, noch nie konnten wir so restlos verkaufen und noch nie hatten wir so viel flüssige Mittel; der Gartenbau hat ein „blühendes“ Aussehen, was soll ihm denn fehlen? Aber während sich niemand scheut, so viel von dem papierenen Segen an sich zu bringen, wie es ihm eben möglich ist, will er anderen möglichst wenig davon abgeben.“

Trifft das nicht den Nagel auf den Kopf? Jedes weitere Wort würde nur abschwächend wirken. Doch weiter!

In einem Leitartikel: „Gedanken zum Jahreswechsel“ läßt sich die „Gartenwelt“ wie folgt vernehmen:

„Wie sehr die Entwicklung der deutschen Erwerbsgärtnerei durch die unbeschränkte Einfuhr früher gehemmt worden war, das haben uns insbesondere die goldenen Früchte der Jahre 1919 und 1920 gezeigt, die den meisten deutschen Gärtnern ewig in Erinnerung bleiben werden.“ Und in derselben Nummer heißt es betr. der Neujahrswünsche der deutschen Gärtner weiter:

„Eine Berufsgruppe, welche heute zwar nicht gerade wünschlos, aber doch vielleicht bis zu einem gewissen Grade in geldlicher Hinsicht zufrieden ist, sind die Baumschulgärtner. Dies gilt ganz besonders von den Obstbaumschulen, denen es schon seit Jahren nicht mehr möglich gewesen ist, den Bedarf des deutschen Marktes voll zu decken und die sich deshalb um den Absatz ihrer Ware nicht zu kümmern brauchen.“

Hält man daneben noch den Ausspruch eines bekannten Berliner Handelsgärtners, der seinen Kollegen in einer Versammlung zurief:

„Man muß nur den Muth haben, die hohen Preise zu fordern, meine Frau hat ihn jedenfalls,“ so wird man die Klagen der Blumengeschäftsinhaber und des Marktpublikums verstehen. Das beweisen ja auch verschiedene zarte Mahnungen im Handelsblatt, den Bogen nicht zu überspannen

Wer nimmt demgegenüber die Klagen der Unternehmer über hohe Löhne noch ernst?

Würde einer von ihnen sich bereit erklären, zu diesen Löhnen zu arbeiten?

Warum schließt man die unrentablen Betriebe nicht, weshalb legt man den Schlichtungsausschüssen und Demobilisationskommissionen nicht die Geschäftsbücher vor, um die Wahrheit seiner Behauptungen zu beweisen?

Auch dafür bringt die Fachpresse Belege! Man lese nur die „Blumengeschäftsinhaber-Zeitung“ des Jahres 1921, vor allem die Nrn. 21 u. 23. Ferner schreibt die „Bindekunst“ Nr. 50, 1921:

„Wir möchten hier bei daran erinnern, daß die Züchter nie besser verdient haben, als zu den Zeiten des Blumenmangels und der Blumenknappheit. Jedenfalls wird es den Züchtern nicht unangenehm gewesen sein, als . . . ihnen die Ware aus dem Hause geholt wurde, als ein Verbraucher den anderen überbot im Preise, nur um überhaupt Ware zu erhalten. Da wird sich mancher Züchter gesagt haben, und er wird auch jetzt noch der Anschauung huldigen, wozu soll ich mich abmühen, viel Ware zu erzeugen, wenn ich mit wenig Ware mehr und besser verdiene.“

Dazu werden Preise wie 175 Mk. für 100 Primelblumen (obconica), 12—15 Mk. für 1 Dutzend Cyclamenblumen usw. genannt. Auch der Blumengeschäftsinhaber Riesbeck-Berlin wies vor kurzem in einem Vortrag darauf hin, daß ein Mai-

plumenstengel bei — Engroseinkauf 2,80 Mk. und das Dutzend Cyclamenblumen 20—25 Mk. gekostet habe.

Ähnliches sagt auch der Marktbericht der „Süddeutschen“ Nr. 2. Da kosteten in Stuttgart: *Primula obconica* 6 Mk., *P. chinensis* 4—6 Mk., Cyclamen (kleine Pflanzen) 3—10 Mk., Cinerarien 7 Mk., Veilchen in Töpfen 6 Mk., Veilchenblumen $\frac{1}{2}$ 12 Mk., Chrysanthemumblumen 10—20 Mk. je Bund, Azaleen 75—85 Mk., Epiphyllum 40—60 Mk., Flieder 80 Mk.

In Ulm wurde verlangt für „eine Hand voll“ Spinat 50 Pfg., für einen Kopf Rotkohl 1—8 Mk., für Karotten 1—1,20 Mk. je Bund und für Kohlrabi 20—30 Pfg. das Stück.

Die Baumschulpreise sind ja hinreichend bekannt, unter 18 Mk. ist z. B. bei Koscowa nez in Miltenberg weder ein Halbstamm noch Spalier zu haben. Hochstämme kosteten im Herbst 1921 durchschnittlich schon 22—30 Mk., Stachelbeersträucher 3—4 Mk. und so fort. Wenn man dann noch bedenkt, daß allein die Firma Pein in Halstenbek für 10—12 Millionen Mark Ware ins Ausland verkauft hat und daß umgedreht auch die Einfuhr des B. d. B. eine sehr umfangreiche, oft zu Beanstandungen seitens des V. d. G. in Neukölln führende, gewesen ist, dann kann man sich von der Not dieser Herren „Gartenbauern“ einen umfassenden Begriff machen.

Man vergleiche ferner den „Roten Preis“ im Katalog des Preisverbandes für Gemüsesamen E. V. mit dem „Blauen Preis“ und endlich die Preisfestsetzung der Vereinigung deutscher Jungpflanzen-Versandgeschäfte für das Jahr 1922 im Handelsblatt Nr. 3, um auch hier die Not der „Ärmsten der Armen“ schon auf größere Entfernungen kennen zu lernen.

In Amerika beschwert man sich schon über die Verschleuderung deutscher Maiblumenkeime, aber hier sind keine zu haben. Wo bleibt da die Vaterlandsliebe jener Kreise?

Wer nach dem bisher Gesagten noch immer an eine Not der Gärtnerbesitzer glaubt, dem rufen wir zum Schlusse die beherzigenswerten Worte von Grille-Weißensee zu:

„Leider müssen wir uns selbst den Vorwurf machen, durch zu hohe Preisforderungen den Funken in das Pulverfaß geschleudert zu haben. (Handelsblatt 1921, S. 393.)

Hoffentlich ziehen alle unsere Kollegen daraus die richtigen Folgerungen für ihre ferneren Existenzbedingungen! W. R.

Die Kölner Handelsgärtnerel.

Das soziale Empfinden der Kölner „Gartenbauern“ hat sich wieder einmal in einer „sehr anerkennenswerten“ Lohnerhöhung Luft gemacht. Ab 15. Januar hat man folgende Lohnsätze als äußerstes zugestanden:

Im ersten Gehilfenjahr	6,— M.
länger als ein Jahr	6,50 „
länger als vier Jahre	8,— „
verheiratete Gehilfen	9,— „
nicht eingearbeitete Arbeiter	6,50 „
eingearbeitete Arbeiter	7,— „
Jugendliche von 17 bis 18 Jahre	5,50 „
Weibliche	4,50 bis 5,— „

Man will also in Arbeitgeberkreisen den Kölner „Ruhm“, an der Spitze der Gärtnerlöhne zu stehen, nicht länger beibehalten. Man will sich auch mal von der anderen Seite zeigen. Um aber das gute Herz doch ein bisschen zum Recht kommen zu lassen, gibt man zu, daß es den hiesigen und allgemeinen Verhältnissen entsprechend zu wenig sei. Aber, aber: Man könne eben nicht anders, der Beruf bringe es nicht auf. Man muß auch bei den Arbeitnehmern etwas Idealismus besitzen.

So, da wißt ihr es, ihr nimmersatten Krautergesellen, wenn ihr Hunger habt, dann legt euch aufs Ohr, träumt vom Idealismus, und „ihr werdet gesättigt sein“. Und ihr verheirateten Kollegen, die ihr es noch nicht über euch gebracht habt, dem Beruf Lebewohl zu sagen, füttert eure Frau und eure Kinder mit Berufsidealismus. Wenn ihr Margarine kaufen geht, erzählt der Verkäuferin, daß ihr Gärtner seid und zentnerweise Idealismus besitzt. Sicher bekommt ihr dann die Proletarierbutter billiger. Aber seid vorsichtig, sagt es nur nicht so laut, sonst werdet ihr womöglich von rohen, ungebildeten Menschen ausgelacht. Gibt es doch heute schon Menschen, die sich über eure Löhne lustig machen. Und wenn ihr Trost braucht in eurer erbärmlichen Lage, dann schauet hin auf eure Arbeitgeber, wie auch sie — noch mehr wie ihr — hungern und darben. Seid nicht voreingenommen. Was ihr bei den größeren Betrieben seht, das ist alles nur Schein. In Wirklichkeit geht es ihnen schlecht, sehr schlecht. Sie zehren heute schon lange von dem, was sie während des Krieges und in den Jahren vor dem Kriege nicht verdient oder gar zugesetzt haben. Habt Mitleid, seid zufrieden. Bescheidet euch mit euren Löhnen noch besser wäre es, ihr haut sie ab —; nur, und nur so kann der Beruf gerettet werden. Denkt an euren schönen Beruf, denkt an die vielen jungen Leute, die sich gegen den Willen unserer Arbeitgeber, trotz deren energischer Abwehr, zu unserem harr-

lichen Berufe drängen. Könntet ihr es verantworten, unseren Beruf zugrunde zu richten und diesen tausenden Jüngern der grünen Kunst die Möglichkeit einer „auskömmlichen Existenz“ zu rauben?

Ihr anderen aber, ihr Verhetzten, die ihr nicht mit der Seele Gärtner seid, hinaus aus dem Berufe, ihr seid Pestbeulen an dem Körper des „Gartenbaues“.

Und ihr könnt ruhig gehen. Es ist Ersatz da. Seht nur die Geheimratstöchter, welch tüchtige Gärtnerinnen sie sind, seht nur die Söhne der Gärtnerbesitzer, die als Gehilfen arbeiten, sie verdienen auch nicht mehr, sie verbrauchen sogar noch Zuschüsse ihrer Eltern, die diese natürlich aus dem Defizit ihrer auf allem Hund befindlichen Betriebe decken. Glaubt nicht, was böse Leute sagen, daß diese Leute die „Organisation Roßbach“ unseres Berufes sei, laßt euch nicht weismachen, sie seien die Streikbrechergarde, o nein, sie verdienen nicht mehr als ihr, sie bekommen keine Zuschüsse, können sich aber trotzdem tipp topp einkleiden und leben doch.

Heraus, ihr Berufsidealisten, helft unseren Arbeitgebern!

Doch allen Ernstes gesprochen:

Kein menschlich denkender Berufskollege kann natürlich behaupten, daß bei solchen Löhnen ein Verbleiben im Berufe möglich ist. Es wird deshalb wahr werden müssen, was Kollege Busch vor kurzem in unserer Zeitung sagte: „Wir müssen den Beruf an den Nagel hängen.“ Nur diesen einen Weg kann es für die Kollegen in den Kulturbetrieben geben. Und noch eins muß geschehen: Lassen wir unsere warnende Stimme erschallen, um die heranwachsende Jugend vor unserem Berufe zu bewahren. Sagen wir ihnen die nackte Wahrheit, sagen wir ihnen, was ihrer später harret. Es geht nicht mehr anders! Wenn wir das Verhalten der Arbeitgeber in der Lohnfrage sehen, wenn wir in der Rechtsfrage sehen, wie sie alles, alles nur von dem Standpunkt betrachten, „wie kann ich am meisten profitieren“, dann muß man es als Herausforderung empfinden, wenn man den Arbeitnehmern vorwerfen will, sie versäumten es, die gemeinsamen Interessen des Berufes zusammen mit den Arbeitgebern zu wahren. Unter den jetzigen Umständen kann es kein gemeinsames Interesse geben. Mögen der „Müller“ und die „Gartenwelt“ noch so oft mit Nadelstichen kommen. „Hand wird nur von Hand gewaschen — Wenn du nehmen willst, dann gib.“

Aber auch auf anderen Gebiete muß jetzt von seiten unserer Kollegen vorgegangen werden. Mit aller zu Gebote stehenden Macht müssen wir für Kommunalisierung der Friedhofsgärtnerel. für Einstellung der Stadtgärtnerel. auf Verkauf werben.

Die Öffentlichkeit muß auf die Tatsachen hingewiesen werden. Wir müssen die Arbeiterparteien in den Stadtparlamenten auf diesem Gebiete mit Material versehen. Wenn schon die Kollegen nicht mehr ihre Existenz in den Gartenbaubetrieben finden können, dann wollen wir dafür sorgen, daß die städtischen Betriebe, bei denen unsere Kollegen wenigstens noch als Arbeitskraft entlohnt werden, auch die Möglichkeit haben, durch Verkauf usw. auch Einnahmequellen zu erhalten. Es muß aufhören, daß man aus Rücksicht auf einige rückschrittliche Arbeitgeber, die ihre Leute nicht entlohnen wollen, den Städten diese sicher nicht unbedeutenden Einnahmequellen vorenthält.

Können wir den Kollegen in den Kulturbetrieben keinen auskömmlichen Lohn mehr garantieren, dann wollen wir wenigstens dafür sorgen, daß diejenigen, welche bei den städtischen Betrieben angemessen bezahlte Arbeit haben, auch Arbeitsmöglichkeit behalten und daß auch die Stadt aus den gärtnerischen Betrieben Einkommen hat. Damit wird einerseits der mancherorts beabsichtigten Einschränkung die Notwendigkeit genommen, z. T. sogar die Möglichkeit zu Einstellungen von Gärtnern gegeben. Ein Teil der Kollegen wird schließlich in der Landschaftsgärtnerel unterkommen können, vorausgesetzt natürlich, daß die geheimen bösen Arbeitgeberkräfte, die am Werke sind, die etwas vernünftiger denkenden Landschaftler mit den Löhnen künstlich zurückzuhalten, ihr Ziel nicht erreichen. Ueber die Frage der Landschaftsgärtnerel wird in einer besonderen Abhandlung zu sprechen sein. Für den Gartenbau wird in Köln jetzt schon die Parole gelten müssen: Heraus aus den Handelsgärtnerel. Einstellung der städtischen Gärtnerel. auf Verkauf!

Albert Pabet, Köln.

Die 33. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Gartenbaubetriebe

fiand am Geburtstage Wilhelm des Letzten im „Kaisersaal“ des Rheingold zu Berlin statt, ohne daß man seiner auch nur mit einem Worte gedachte. Sicher ein Erfolg der Bismarckschen Memoiren und unserer neuen Staatsform. Infolge der Kälte und hohen Fahrpreise blieb ihr Besuch hinter den gehegten Erwartungen zurück, sogar die früher so beliebte Staffage durch Vertreter verschiedenster Ministerien und agrarischer Korporationen ließ so gut wie alles

zu wünschen übrig, so daß die üblichen schwülstigen Empfänge mit dem in jenen Kreisen heute so beliebten „leichten“ politischen Anflug bis auf einige Kleinigkeiten wegielen, wodurch sich die Veranstaltung vorteilhaft von ihren Vorgängerinnen abhob.

Nach der Begrüßungsrede des Vorsitzenden Bernstiel zu schließen, müssen die beiden vorausgegangenen Tage der Ausschußsitzung sehr ermattend gewesen sein, was in Anbetracht der gemeldeten Generaloffensive aller Einfuhrgegner aus dem Lager der illegalen Nebenregierung verständlich erscheint. Anscheinend ist aber der Kampf ganz harmonisch und programmäßig verlaufen — denn der alte Vorstand steht, mit Ausnahme von **Heinr. Seidel**, der freiwillig ausgeschieden ist, noch unverseht an seiner Stelle. Möge ihm die deutsche Fachpresse gnädig sein! Vielleicht hat man es aber auch nur meisterhaft verstanden, einen etwaigen Riß nach außen hin zu verdecken, um das schöne Bild von der „begrabenen Streitaxt“, das ein Redner gebrauchte, nicht zu zerstören. Jedenfalls haben die meisten Redner übereinstimmend mit großem Geschick um alle nur irgendwie kitschlich erscheinenden Fragen herumgeredet und damit bewiesen, daß man große Gedanken am besten durch passend gewählte Worte verbirgt.

So erklärte z. B. schon Herr **Bernstiel** in seiner Ansprache, nachdem er erst das politische Ventil geöffnet hatte, mit einem lachenden und einem weinenden Auge, daß der gesamte Vorstand nach wie vor noch auf dem Boden der Arbeits- bzw. Tarifgemeinschaft stehe, was wir schon aus der großen Tariffreudigkeit seiner Mitglieder und daraus ersahen, daß man die im Vorjahr gütigst angekündigten Maßnahmen, mit denen man sich Vertreter der Arbeitnehmerverbände in der Hauptversammlung vom Halse halten wollte, nicht ergriffen hatte. Das hätte doch auch im Hinblick auf die große Öffentlichkeit der Versammlung einen zu starken Kontrast gegeben und noch mehr von der Höflichkeit anderer Verbände abgestochen, die uns zu derartigen, nur für die Außenwelt zugeschnittenen Veranstaltungen offiziell einladen.

Als erster Referent verbreitete sich der Syndikus **Fachmann** in einem umfassenden Vortrag über „Die Arbeitsgebiete des Verbandes unter besonderer Berücksichtigung der südländischen Blumeneinfuhr“, der allerdings stark unter der Unaufmerksamkeit des größten Teils der Zuhörer zu leiden hatte, was von sachverständiger Seite darauf zurückgeführt wurde, daß er zu wissenschaftlich gewesen wäre. Die erste Hälfte dieses Referats war zweifellos ein diplomatischer Schachzug, um auf dem Umweg über die Zwangsvorschriften des Versailler Vortrags die Schuldlosigkeit des Verbandsvorstandes bei der Blumeneinfuhr und die Richtigkeit seiner Maßnahmen zu beweisen. Sehr treffend wies **Fachmann** darauf hin, daß, wer in der jetzigen Zeit nach der Einfuhr entbehrlicher Artikel schreie, der Regierung die Kompensationsobjekte für Verhandlungen aus der Hand schlage. Die Gärtnerei sei in der Volkswirtschaft nur ein kleiner Berufsstand, ihre wirkliche Bedeutung würde aber unterschätzt, weil es in der nationalökonomischen Literatur vollständig an Material dafür fehle. Irrtümlich ist aber seine Meinung, daß die Gärtnerei von heute vorwiegend produziere, während die von 1913 mehr gehandelt habe. Abgesehen davon, daß Redner bei früheren Anlässen wiederholt betont hat, Handelsgärtnereien seien schon immer so gut wie gar nicht vorhanden gewesen, würde er heute bei einiger Praxis sehr bald die Feststellung machen müssen, daß die Kulturen in Ermangelung gelernter Kräfte sehr zurückgegangen sind und dafür der Handel mit zugekauften Produkten immer mehr überhand nimmt.

Im zweiten Teil behandelte er wirtschaftliche Fragen, wie Steigerung der Produktion, Gütertarife, die Vorteile der Organisation, ihre Aufgaben und Erfolge auf den verschiedenen Gebieten, streifte die Landwirtschaftskammern in sehr vorsichtiger Weise und ging zur gärtnerischen Rechtsfrage über, die er als noch immer ungeklärt bezeichnete. Einzelprobleme, wie die Arbeitszeit, sollten jetzt geregelt werden, wobei sein Verband tatkräftig mitarbeite. Wo, verschwieg er ebenfalls dezent, er meinte wohl im preußischen Landwirtschaftsministerium und der Hauptlandwirtschaftskammer, die sonst immer alle ihre Beschlüsse veröffentlicht, aber den vom 25. 11. 21 schamhaft zurückhält, obgleich sich doch das Landwirtschaftsministerium in seinen vielen Eingaben an alle möglichen Ministerien offiziell darauf stützt.

Erstaunt waren wir aber, als der Referent sich plötzlich auf **Potthoff** berief und für ein einheitliches und soziales Arbeitsrecht zu schwärmen anfing, das den Mensch in den Mittelpunkt alles Tuns rücken müsse, wenn sich nicht alles in gegenseitigen Kämpfen verzehre wolle.

Das ist mindestens sehr verdächtig, denn wenn man nur in den letzten drei Jahren nach diesen Grundsätzen gehandelt hätte, gäbe es schon lange keine gärtnerische Rechtsfrage mehr. Die heeren Begriffe Gewerbe oder Landwirtschaft spielen bei uns nicht die von **Fachmann** angedichtete Rolle, wir führen auch nicht den Kampf um des Kampfes willen, sondern um das Ziel des von ihm zitierten Arbeitsrechts, das den Mensch und seine Arbeitskraft als das höchste Gut des Volkes voranstellt und vor Ausbeutung und Raubbau schützt. Dieses Recht ist aber zurzeit nicht

durch einen Rückgriff auf das Landarbeiterrecht zu erreichen, sondern es liegt im Zuge der Gewerbeordnung, die gegenüber dem Landarbeitsrecht bereits einen bedeutenden Fortschritt in der von **Fachmann** gezeigten Richtung aufweist. Solange aber ein **Dänhardt** noch unwidersprochen das Gegenteil in Wort und Schrift behaupten darf, hören wir wohl, allein, uns fehlt der Glaube. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!!

Als Berichterstatter von der Ausschußsitzung fungierte **Kühne-Halberstadt**. Er deutete „gewisse Schwierigkeiten“ an, ging dann auf den beschlossenen doppelten Beitrag über und verkündete, daß der Ausschuß die Verlängerung der Lehrzeit abgelehnt, dafür aber die obligatorische Lehrlingsprüfung beschlossen habe, was immerhin einen Fortschritt bedeutet. Im übrigen sei der Ausschuß nach wie vor gegen jede Einfuhr. Und die Mitglieder?

Ihm folgte **Schmidt-Erkner** mit dem Thema: „Wie kann der deutsche Erwerbsgartenbau vor den schädlichen Folgen der Einfuhr geschützt und zur höchsten Blüte gebracht werden?“ Er gehörte neben **Bloßfeld-Potsdam** zur schärfsten Opposition gegen den Vorstand und kritisierte — allerdings in sehr abgeschwächter Form — die Maßnahmen des Vorstandes. Es fehle am frischen Wind zeitgemäßer Reformen. Diese seien nur durch Energie zu erreichen, über die er in sehr bilderreicher Sprache redete. Nur wenn die Blütner ihre Zustimmung zur völligen Ausschaltung der Einfuhr gäben, könnte man mit ihnen Freundschaft halten. Wir brauchen eine völlige Umstellung der Erzeugung und Verteilung; Genossenschaft sei die Lösung des Tages. Dazu empfahl er 13 Ausschüsse, die dem Hauptvorstand angegliedert werden sollten, weil er in seiner bisherigen Form von 9 Mitgliedern ein zu schwerfälliger Apparat gewesen sei. Dieser Vorschlag ist jedenfalls etwas ganz Neues und nach oben unbeschränkt Ausbaufähiges; wir empfehlen ihn daher anderen Verbänden mit schwerfälligen Vorständen zur Nachahmung. Nur so läßt sich die oft gefürchtete Überorganisation wirksam vermeiden!

Auffällig war das Liebeswerben des Referenten um die Mitgliedschaft der Guts- und Privatgärtner, deren Konkurrenz auf diese Weise ausgeschaltet werden soll. Der Wettbewerb kommunaler Betriebe müsse örtlich bekämpft und das Siedlungswesen aufmerksam beobachtet werden.

Den Glanzpunkt des Tages bildete der Vortrag des bekannten Staudenzüchters **Arends-Ronsdorf** über die Frage: „Wie paßt sich der deutsche Erwerbsgartenbau den Zeitverhältnissen an?“ Mit seinen auf langer Erfahrung beruhenden, in packender Weise vorgetragenen Vorschlägen wußte er schon in einigen Minuten das ganze Haus zu fesseln. Leider verbietet uns der Platzmangel, an dieser Stelle näher auf seine mit großem Beifall gelohnten Ausführungen einzugehen. Deshalb seien nur seine Richtlinien erwähnt: Vereinfachung der Betriebsweise durch Sonderkulturen, Einschränkung der Sortimente, richtige Ernährung der Pflanze, Schädlingsbekämpfung, Ausnutzung aller wissenschaftlichen und technischen Hilfsmittel, Ausstellungen zur Hebung der Blumenliebhaberei. Einführung kaufmännischer Methoden usw.

Dabei teilte er auch einige ganz nette Seitenhiebe aus, die sofort durch Klatschen quittiert wurden. So fragte er z. B., ob wir wirklich Azaleen aus Belgien brauchen? Ein wahrer Vaterlandsfreund kultiviere sie selbst, denn ein- und verkaufen könne jeder Handelsjude!!

Schade ist nur, daß Herr **Arends** seine fortschrittlichen Ideen lediglich auf seine Kulturen beschränkt, während seine Leute auf arbeitsrechtlichem Gebiet gar nichts davon verspüren!

Zum Schluß sprach noch **Schwebig-Schierstein** über die Gemüseversorgung Deutschlands und stellte dafür 7 Punkte auf, die mehr oder weniger bereits bekannt sind.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß der bekannte Scharfmacher **Ortmann-Nürnberg** den Geist des „Alten Fritz“, also eines preußischen Königs, zitierte. Die Arbeit sei eine Trösterin, und unser schönstes Gut, ihr müßten wir Achtung und Liebe entgegenbringen! Hoffentlich setzt Herr **O.** seine Wahlsprüche mal in die Wirklichkeit um, denn bisher hat er immer dem Sprichwort gehuldigt: Im Schweiß meines Angesichts will ich mein Brot essen, du sollst arbeiten, auf das mir's gut gehe auf Erden!
W. R.

Arbeitskämpfe und Tarife

Essen, (Löhne der Zechen- und Werksgärtner.) Gelernte 11,60 M., Angelernte 11,45 M., Gartenarbeiter 11,20 M. pro Stunde. Kinder- und Hausstandsgeld pro Arbeitstag je 4,50 M. Neue Verhandlungen sind eingeleitet.

Bei **Krupp** beträgt der Lohn für Gelernte 13,40 M., für Angelernte 13,15 M. Die Höhe der Produktionsprämie wird jeden Monat festgesetzt. Unter Gruppe Angelernte fallen alle zurzeit bei **Krupp** beschäftigten Gartenarbeiter. Die auf der „Villa Hügel“ beschäftigten erhalten dieselben Sätze, sowie das Kinder- und Hausstandsgeld von 4,50 M. pro Tag.

Auf den übrigen industriellen Werken erhalten die Kollegen die Löhne der Handwerker, welche 12—13 M. pro Stunde betragen. Zu diesen Lohnsätzen arbeiten rund 600 Kollegen unseres Verbandes.

Frankfurt a. O. Der Schiedsspruch vom 25. Oktober gegen die Firma Jungclaussen ist vom Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt. Kollegen und Kolleginnen, die noch Anspruch für die Zeit vom 1. August bis 5. Oktober 1921 haben, müssen ihre Forderungen bei der Gauleitung Brandenburg-Pommern geltend machen.

Stettin. Der Schiedsspruch für die Landschaftsgärtnerei vom 29. November 1921 ist vom Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt.

Stuttgart. (Landschaftsgärtnerei.) Ab 1. Januar 1922 wurde eine Zulage von 2 Mk. erreicht. Gehilfen über 21 Jahre erhalten 8,50 Mk., unter 21 Jahren 8,10 Mk., Arbeiter über 21 Jahre 8—8,20 Mk., unter 21 Jahren 7,60—7,90 Mk.

Württemberg. (Handelsgärtnerei.) Am 5. Januar wurde ein neuer Schiedsspruch abgegeben. Es kommt zu den bisherigen Lohnsätzen ein Zuschlag von 2 Mk. für über 21 Jahre alte, von 1,70 Mk. für 18—21 Jahre alte, von 1,50 Mk. für 16—18 Jahre alte und von 1,20 Mk. für unter 16 Jahre alte Kollegen. Antwort der Unternehmer steht noch aus.

Privatgärtnerei

Gutsgärtner Schleswig-Holsteins!

Um Irrtümer zu vermeiden, sei nochmals darauf hingewiesen, daß der Gutsgärtnerzuschlag um 10 Pfg. pro Stunde, auf 30 Pfg., erhöht ist. Außerdem erhalten die Kollegen die in der jeweils für sie in Frage kommenden Lohnklasse für die Landarbeiter festgesetzten Teuerungszuschläge. Die neuen Lohnsätze sind in den von uns versandten Rundschreiben genau aufgeführt und fordern wir die Kollegen auf, unbedingt den ihnen zustehenden Lohn zu fordern und uns die Differenzfälle zu melden.

Die Notiz in der Nummer 2 unserer Zeitung beruht auf einem Irrtum und ist deshalb unrichtig. T o f f e, Hamburg.

Friedhofsbetriebe

Berlin. Für die Arbeiterschaft des Jüdischen Friedhofs sind ab 15. Dezember 1921 die Lohnsätze um 25 Proz. erhöht. Es erhalten pro Stunde verheiratete Gärtner 9,45 M., Ledige 9,20 M., verheiratete Arbeiter 9,20 M., Ledige 8,90 M., Binderinnen 6,65 M., Arbeiterinnen 6,10 M., jugendliche Arbeiterinnen und Laufburschen 3,85 bis 5,60 M. Die Kinderzulage ist erhöht worden auf 100 M. pro Kind und Monat.

Brandenburg a. H. Für Januar ist eine Zulage von 1,— M. und für Februar eine weitere Erhöhung von 0,50 M. die Stunde gewährt worden.

Dresden. Ab 15. Januar 1922 erhalten Gärtner und Grabmacher 11 Mk., Hilfsarbeiter 10 Mk., Arbeiterinnen 6,50 und 7 Mk. pro Stunde.

Hamburg. Für die Beschäftigten auf dem Israelitischen Friedhof in Ohlsdorf sind ab 1. Januar 1922 folgende Löhne festgesetzt: Stellvertretender Obergärtner 11,25 M., Gehilfen 11,— M., Arbeiter 10,80 M., Frauen 6,40 M.

Blumengeschäftsangestellte

Berlin. Versammlung, Dienstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz. Vortrag: Ernstes und Heiteres aus Berliner Blumengeschäften. Nach Schluß der Versammlung geselliges Beisammensein.

Leipzig. Nach Ueberwindung einiger, von der Hauptverwaltung des V. D. B. gemachten Schwierigkeiten ist es nun doch gelungen, ein örtliches Abkommen zustande zu bringen, das nun hoffentlich auch Unade vor dem hohen Olymp finden wird. Die festgesetzten Löhne sind jedenfalls mäßig genug. Ein allerdings schwacher Trost ist die Bestimmung, daß bei wesentlichen Preisänderungen der Kosten für den Lebensunterhalt auf Antrag innerhalb vier Wochen nach Stellung desselben eine Revidierung vorzunehmen ist.

Stuttgart. Wie uns von Herrn Seyderhelm im Auftrage der dortigen Ortsgruppe der Geschäftsinhaber mitgeteilt wird, ist ihre Erklärung gegen den Zentraltarif infolge eines bedauerlichen Irrtums erfolgt und sofort widerrufen worden. Wir nehmen das hiermit gern zur Kenntnis und erklären, daß damit natürlich auch unsere an die Notiz in Nr. 2 geknüpften Schlussfolgerungen fallen. Wir stimmen auch Herrn Seyderhelm bei, wenn er anfügt, „daß wo anders geschlafen worden sei“, und glauben nicht fehlzugehen mit der Annahme, daß damit Stuttgart gemeint ist.

Rundschau

Der Mindestbedarf im Dezember.

Aus dem bekannten Aufstellungen des Dr. Kuczyński ergibt sich als wöchentliches Existenzminimum eines Ehepaares mit zwei Kindern für Groß-Berlin: Ernährung 249 M., Wohnung 10 M., Heizung, Beleuchtung 41 M., Bekleidung 128 M., Sonstiges 129 M., insgesamt also 557 M., gegen 509 M. im November 1921. Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 45 M., für ein kinderloses Ehepaar 69 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6—10 Jahren 33 M., der Jahresverdienst 14 200 M., 21 700 M., 29 100 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Dezember 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 M. auf 271 M., d. h. auf das 16,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M. auf 417 M., d. h. auf das 18,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 M. auf 557 M., d. h. auf das 19,3fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 5 bis 6 Pfg. wert.

Arbeitslosigkeit und Reichsarbeitsblatt.

Von den über die Arbeitslosigkeit im November berichtenden Verbänden hatten die größte Arbeitslosigkeit aufzuweisen die Fleischer mit 9,9 v. H., die Gärtner mit 5,3 v. H., die Bauarbeiter mit 4,3 v. H. und die Friseure mit 4,1 v. H. Am geringsten war die Arbeitslosigkeit bei den Kupferschmieden mit 0,3 v. H., den Textilarbeitern mit 0,3 v. H. und den Kürschnern mit 0,1 v. H. Bei den Arbeitern liegen die Verhältnisse am ungünstigsten bei den Transportarbeitern, wo auf 100 offene Stellen 324 Arbeitsgesuche kamen, bei den Heizern und Maschinisten mit 231, bei den Bäckern mit 223, bei den Angestellten im Handelsgewerbe mit 221, bei den Zigarrenarbeitern mit 196 und den Gärtnern mit 207 Gesuchen.

Bekanntmachungen

Hannover. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, den 9. Februar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Restaurationssaal, statt. Tagesordnung wird noch bekannt gegeben. — Wie bisher, finden auch weiterhin unsere Monatsversammlungen jeden 2. Donnerstag im Monat, statt. Laut Versammlungsbeschuß werden in Zukunft alle Bekanntmachungen über Sitzungen, Versammlungen usw. nicht mehr durch Laufzettel erfolgen, sondern im „Volkswillen“ veröffentlicht werden. Wir bitten unsere Vertrauensleute, letzteres ganz besonders zu beachten. Die Ortsverwaltung.

Leipzig. Unsere Adresse lautet ab 24. Januar 1922: Zeitzer Straße Nr. 32, Volkshaus, Zimmer Nr. 118, IV. Die Bekanntmachung in Nr. 53 unter Gau Dresden, daß das Leipziger Postscheckkonto aufgelöst sei, bezieht sich nicht auf unser Leipziger Postscheckkonto, sondern lediglich auf das Dresdner Postscheckkonto, welches sie bisher in Leipzig hatten, weil die Stadt Dresden früher selbst kein Postscheckamt hatte. Auf das Konto Arthur Meißner Nr. 61573 Leipzig sind nach wie vor alle Gelder für die Verwaltung Leipzig einzusenden.

Sterbetafel.

Am 29. Dezember 1921 verstarb das Mitglied der Ortsverwaltung Dresden, Bezirk Laubegast, der Kollege Hermann Ahnert.

Am 31. Dezember verstarb nach schwerem im Felde zugezogenen Leiden, der Kassierer der Verwaltung Teterow, Kollege Friedrich Zarse, im 42. Lebensjahre.

Am 10. Januar verstarb das Mitglied der Verwaltung Neustrelitz, der Kollege Karl Brandt, im Alter von 43 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse)

Hamburg 21

mit ihren 500 Ortsverwaltungen hat, entsprechend dem Beschluß des Reichstages vom 14. Dezember 1921, nach welchem die Krankenversicherungspflicht ab 1. Januar 1922 von 15 000 Mk. auf 40 000 Mk. heraufgesetzt wurde, ihre Satzung geändert. Jeder versicherungspflichtige Gärtner, d. h. jede in einem gärtnerischen Betriebe tätige Person, deren jährliches Einkommen 40 000 Mk. nicht übersteigt, kann der Gärtnerkrankenkasse beitreten und wird dann nicht gezwungen, der Zwangskrankenkasse anzugehören, sofern die Versicherung bei der Gärtnerkrankenkasse sofort in derjenigen Beitragsklasse erfolgt, in welcher die Hälfte des täglichen Arbeitsverdienstes neben ärztlicher Behandlung und Heilmittel für den betreffenden Versicherten nebst seiner Familie (Frau und Kinder bis zum 16. Lebensjahre) gewährt wird. (334)